

1. Mal wieder ein Länderranking der INSM

Mit einer sog. Stärken-Schwächen-Analyse will die INSM den Wettbewerb unter den Bundesländern anstacheln und der Politik implizit ihre Vorstellungen von einer Verbesserung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit andienen.

Quelle: [Wirtschaftswoche](#)

Anmerkung: Man achte einmal darauf, was uns dieses Ranking als Stärken und was als Schwächen anbietet. Neben der Verwendung anderer hanebüchener Indikatoren (Aufklärungsquote von Straftaten, die ganz erheblich davon abhängt, welche Arten von Straftaten in den einzelnen Ländern angezeigt werden), werden dort z.B. das Bruttoinlandsprodukt und das Bruttoarbeitnehmereinkommen einbezogen.

Zum Beispiel: Thüringen mit dem niedrigsten Bruttoarbeitnehmereinkommen nimmt bei dieser „Stärke“ Rang 1 unter den Bundesländern ein. Gleichzeitig wundert man sich nicht darüber, dass das Land mit einem geringen Bruttoinlandsprodukt, was als Schwäche bewertet wird, nur Rang 11 unter den Bundesländern einnimmt.

Diese Bewertung der beiden Indikatoren und die offensichtlichen Widersprüche zeigen doch mal wieder in aller Deutlichkeit das wirtschaftspolitische Denken der INSM auf: Hauptsache die Wirtschaft ist stark, egal was die Menschen davon haben.

2. Macht statt Markt: Die Maßlosigkeit der Managereliten

13,1 Millionen Euro, 12,3 Millionen Euro oder aus 7,5 Millionen Euro, diese Zahlen stehen nicht für die Umsätze mittelständischer Unternehmen mit 50 Beschäftigten, nicht für die Ausgaben einer deutschen Kommune, auch nicht für einen besonders üppig ausgefallenen Jackpot des deutschen Lottowesens. Es geht, in obiger Reihenfolge, um die Jahresbezüge für 2006 von Josef Ackermann (Deutsche Bank), Jochen Zeitz (Puma) und Dieter Zetsche (Daimler). Genauso gut könnten hier aber auch viele andere Namen aus der Oberliga der deutschen Wirtschaft stehen.

Wohlgemerkt, es handelt sich bei diesen Herren nicht um Unternehmer, die für Wagemut und Risikobereitschaft vom Markt angemessen belohnt werden. Die Rede ist von Managern. Von Angestellten im Vorstandsrang, die bei ihrer unternehmerischen Tätigkeit keinerlei eigenes Kapital im Einsatz haben und deren einziges Risiko das des Jobverlusts ist. Ein Risiko im Übrigen, wie es jeder andere abhängig Beschäftigte auch zu tragen hat; in der Regel allerdings ohne Abfindungsklausel im Arbeitsvertrag.

Quelle: [manager-magazin](#)

Anmerkung: Offenbar bekommt man allmählich selbst in einem Wirtschaftsmagazin ein schlechtes Gewissen und sorgt sich darum, „dass die Rahmenbedingungen einer marktwirtschaftlichen Ordnung von der Gesellschaft gebilligt werden müssen, sollen

sie dauerhaft Bestand haben.“

3. Kieler Instituts für Weltwirtschaft (IfW): Halbierung der Arbeitslosigkeit durch Abschaffung der Arbeitslosenversicherung

Anstatt mittels Steuern und Beiträgen die Arbeitslosenunterstützung zu finanzieren, schlagen die Kieler Ökonomen vor, dass jeder Beschäftigte laufend einen Mindestbetrag auf ein eigenes Konto bei der Bundesagentur für Arbeit (BA) einzahlt und Vermögen aufbaut. Wer seine Stelle verliert, hebt von seinem Konto während der Arbeitslosigkeit Beträge ab, statt wie heute Arbeitslosenunterstützung zu bekommen. Ist das Konto leer, hilft der Staat als Notfallsicherung aus.

„Durch diese Neugestaltung werden sowohl die Anreize für Arbeitslose steigen, eine Stelle zu suchen, als auch für Unternehmen, zusätzliche Stellen zu schaffen“, sagt IfW-Präsident Dennis Snower.

Quelle: [Handelsblatt](#)

Anmerkung: *Wo soll da eine Logische Verbindung sein. Es gibt kaum einen gedanklichen Unsinn, der von diesem „Wirtschafts“-Institut ausgelassen wird, um die Arbeitgeber von Lohnnebenkosten zu befreien, das komplette Risiko auf die Arbeitnehmer zu übertragen und dann zu behaupten, dass schaffe Arbeitsplätze. Sind es denn die Arbeitnehmer, die keine Jobs mehr haben wollen? Dieser Vorschlag von Herrn Snower untergräbt jegliches Vertrauen in eine soziale und solidarische Gesellschaft.*

4. Dumping-Löhne bringen Koch in die Bredouille

Im Staatsweingut, dessen Aufsichtsratsvorsitzender Roland Koch ist, wurde der Mindestlohn im Baugewerbe unterlaufen. Nach Kurier-Recherchen haben die Rumänen einen Vertrag unterschrieben, nach dem sie - je nach Job - zwischen 2700 und 3400 Euro monatlich verdienen. Tatsächlich aber zahle die Consola nur zwischen 1100 und 1400 Euro, und dies bei 240 Arbeitsstunden im Monat. Das entspräche einem Stundenlohn von höchstens 5,80 Euro.

Quelle: [Wiesbadener Kurier](#)

5. Permanent unter Strom

Wie groß der Druck am Arbeitsplatz geworden ist, zeigt eine Serie von Selbstmorden, die bei Renault in den vergangenen Monaten für Aufsehen gesorgt hat. Das Unternehmen jedoch bestreitet, dass schlechtes Arbeitsklima ein Grund dafür war. Inzwischen wurde der Selbstmord des Renault-Mitarbeiters Antonio B. von der französischen Verwaltung als Arbeitsunfall eingestuft. Ein Etappensieg, so die

Anwältin: "Wir wollen erreichen, dass Renault von der Justiz für schwere Fehler und Versäumnisse im Umgang mit seinen Mitarbeitern verurteilt wird." "Es wird höchste Zeit", so Rachel Saada, "dass sich Arbeitsmethoden und der Umgang mit Mitarbeitern in französischen Unternehmen ändern."

Quelle: [DLF](#)

6. Einzelhandelsumsatz im Mai 2007 real um 3,7% gesunken

Nach vorläufigen Ergebnissen des Statistischen Bundesamtes setzte der Einzelhandel in Deutschland im Mai 2007 nominal 3,0% und real 3,7% weniger um als im Mai 2006. Der Mai 2007 hatte allerdings mit 24 Verkaufstagen einen Verkaufstag weniger als der Vorjahresmonat. Zudem liefen die Geschäfte der Einzelhändler im Mai 2006 außergewöhnlich gut (Anstieg des Umsatzes um nominal 4,8% und real 4,1% gegenüber Mai 2005). Dieses vorläufige Ergebnis wurde aus Daten von sieben Bundesländern berechnet, in denen circa 76% des Gesamtumsatzes im deutschen Einzelhandel getätigt werden.

Quelle: [Statistische Bundesamt](#)

Anmerkung: Und der Ifo-Geschäftsklimaindex steigt und steigt.

7. Deutschland gehört zu den Globalisierungsgewinnern

Der Vorstandsvorsitzende der Deutschen Bank, Josef Ackermann, hat sich zuversichtlich zu den wirtschaftlichen Aussichten Deutschlands geäußert. Zugleich sprach er sich für mehr Transparenz bei den hochspekulativen Hedgefonds aus. Das sei wichtiger als über zusätzliche Kontrollen der Finanzinvestoren zu sprechen. Die weltweiten Aktivitäten der Hedgefonds hätten außerordentlich zur Stabilisierung der Finanzmärkte beigetragen, betonte Ackermann.

Quelle: [DLF](#)

Anmerkung Orlando Pascheit: Das Wort von den Globalisierungsgewinnern geht der Kapitaleseite meist etwas voreilig von den Lippen. Solange die Außenhandelsgewinne an den Arbeitnehmern vorbei verteilt werden, kann von "Deutschland" als Globalisierungsgewinner nicht gesprochen werden. Da könnten wir z.B. von Schweden, ebenfalls mit einem beträchtlichen Außenhandelsüberschuß ausgestattet, einiges lernen.

Zur Stabilisierung der Finanzmärkte durch Hedgefonds ist das letzte Wort nicht gesprochen. Allzu schnell werden die Krisen um den Hedgefonds Long-Term Capital Management oder z.Z. bei Bear Stearns verdrängt. Es steht zu befürchten, dass das Kind zuerst in den Brunnen gefallen sein muss, bis die Verantwortlichen in Politik und Wirtschaft aufwachen. Natürlich ist Ackermann Partei. Die Deutsche Bank betreibt

selbst Hedgefonds und ist gerade in das Beratungsgeschäft für Hedgefonds eingestiegen. Man sollte nicht vergessen, dass die Deutsche Bank zwei Drittel der Erträge im Investmentbanking in London erwirtschaftet. Entsprechend verdient der Manager an der Spitze des Bereichs "Global Markets" in London, Anshu Jain etwa zwei bis dreimal soviel wie sein formaler Chef Ackermann.

8. Staatsvertrag für Mindeststandards im Hochschulbereich abschließen

Die Bundesregierung soll umgehend mit den Ländern Verhandlungen über einen Staatsvertrag aufnehmen, der bundeseinheitliche Mindeststandard im Hochschulbereich gewährleistet. In einem Antrag (16/5759) fordert die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen außerdem, das Hochschulrahmengesetz (HRG) bis zum Abschluss des Staatsvertrages in Kraft zu lassen. Als eine Folge der Föderalismusreform hatte das Bundeskabinett im Mai dieses Jahres einen Gesetzentwurf beschlossen, der die Aufhebung des HRG zum 30. September 2008 vorsieht. Nach Ansicht der Grünen birgt die neue Aufteilung der Kompetenzen zwischen Bund und Ländern die Gefahr, dass es keine bundeseinheitlichen Mindeststandards bei Hochschulzulassungen und -abschlüssen mehr gibt. Quelle: [heute im Bundestag Nr. 180](#) - Pressedienst des Deutschen Bundestages, Freitag, den 29. Juni 2007 ([kostenloses Abonnement möglich](#))

Anmerkung: *Allmählich scheint es zu dämmern, welche negativen Konsequenzen die Föderalismusreform mit der Einführung des Wettbewerbsföderalismus für negative Konsequenzen vor allem auch im Hochschulbereich hat.*

9. Wenig Fernsehpublizistik beim ORF

Der ORF stellt weniger Sendezeit für fernsehpublizistische Formate bereit als die meisten deutschen Privatsender. Das geht aus dem Programmbericht «Fernsehen in Deutschland 2006» hervor, den die Arbeitsgemeinschaft der Landesmedienanstalten in Deutschland (ALM) veröffentlichte. Demnach hatten Nachrichtensendungen, Magazine und Dokumentationen 2006 im ORF nur einen Anteil von 24,8% an der Gesamtseendezeit. Den höchsten Wert erzielte das ZDF mit 53,6%, das Erste kam auf 43,4%. Auch RTL (39,5 Prozent), Sat1 (35,2), ProSieben (30,8) und sogar RTL II (29,0) boten laut der Studie mehr Fernsehpublizistik als der öffentliche österreichische Sender. SF1 lag mit einem Anteil von 47,1% auf dem Niveau von ARD und ZDF. Die Daten beruhen auf der Auswertung einer Programmwoche im April 2006.

Quelle: [NZZ](#)

10. Journalisten des "Wall Street Journal" streiken

Rund 200 Journalisten des amerikanischen Traditionsblattes «Wall Street Journal» sind am Donnerstag nicht zur Arbeit erschienen. Sie protestieren damit gegen einen Übernahmeversuch des Konzerns Dow Jones durch den Medienmogul Rupert Murdoch.

Quelle: [NZZ](#)

Anmerkung Orlando Pascheit: *So ist das eben im Kapitalismus. Geld regiert die Welt. Vielleicht sollten sich die Journalisten an ihre Leser wenden, welche vielfach über ein Millionenvermögen verfügen. Nimmt man die tägliche Auflage von 1,8 Millionen als Maßgabe, so könnten diese Leser mit einem Betrag von ca. 2800 USD den Konzern locker übernehmen und die Meinungsfreiheit ihres Kampfblatts garantieren.*